

## **Bericht über die Sitzung des Marktgemeinderates Mitterfels 12. April 2018**

### **Beratung des Haushalts 2018 mit Erlass der Haushaltssatzung**

Die Mitglieder des Marktgemeinderates hatten hierzu im Vorfeld die Unterlagen für die Haushaltsplanung 2018 erhalten. Die einzelnen Ansätze im Verwaltungs- und Vermögenshaushalt wurden durch den Kämmerer erläutert. Der Verwaltungshaushalt weist dabei ein Volumen von 5.420.000,- € und der Vermögenshaushalt ein Budget von 3.380.000,- € auf. Die größten Ausgaben im Vermögenshaushalt sind dabei die Schulhaussanierung (1.000.000,- €), Sanierung Rathaus (500.000,- €), Tilgung Darlehen (560.000,- €), Breitbandversorgung (370.000,-€), Sanierung Kläranlage (300.000,- €), Ankauf Baugrund (300.000,- €), Straßensanierung (150.000,- €), Sanierung Laufbahn Sportzentrum Rogendorf (30.000,- €), Planung sozialer Wohnungsbau (30.000,-) und Ausstattung Bauhof (30.000,- €). Neben der Entnahme der Rücklage werden die Ausgaben im Vermögenshaushalt primär aus der Zuführung vom Verwaltungshaushalt mit rund 1.200.000,- € abgedeckt. Im Rahmen des Breitbandausbaus ist mit einem Zuschuss von rund 270.000,- € zu rechnen. Die Investitionspauschale beträgt 126.500,- €.

Die Fraktionsvorsitzenden nutzten die Gelegenheit, ihre Haltung und Stellungnahme zum vorgelegten Haushaltsplan vorzubringen. Nach Beratung beschloss der Marktgemeinderat den Haushaltsplan als Satzung.

### **Information und Verschiedenes**

Hierzu beschäftigte sich der Marktgemeinderat zunächst mit dem Zuschussantrag des Katholischen Pfarramtes zur Außenrenovierung der St. Georgskirche. Die Marktgemeinde wird sich mit 50.000,- € an den Sanierungskosten beteiligen. Kenntnis nahm der Marktgemeinderat auch von der neuerlichen Kostenschätzung zur Querungshilfe an der Staatsstraße 2140. Die Investitionskosten konnten dabei auf einen Betrag von 40.000,- € reduziert werden. Mit der Ausschreibung der Maßnahme soll begonnen werden. Im Rahmen der Sanierung der Grund- und Mittelschule hat eine Baugrund- und Gebäudesubstanzuntersuchung stattgefunden. Kenntnis nahm der Marktgemeinderat nochmals von einer Antwort des Umweltbundesministeriums hinsichtlich der beschlossenen Resolution zum Umgang mit Bauschutt und Bodenaushub. Insbesondere in der Handlungspraxis ist eine deutliche Verschärfung der Situation und der Kosten eingetreten. Abschließend wurde der Marktgemeinderat über verschiedene gemeindliche Termine und anstehende Veranstaltungen unterrichtet.

Nach Anerkennung der Niederschrift über die letzte öffentliche Sitzung sowie der Behandlung von Bauanträgen schloss sich ein nichtöffentlicher Teil an.